

■ KLAUS J. BADE | BERLIN

Zwanzig Jahre »Manifest der Sechzig: Deutschland und die Einwanderung« (1993)

Erinnerungen des Herausgebers

Übersicht: Der Weg zur Akzeptanz von Einwanderungsland und Einwanderungsgesellschaft wurde in Deutschland im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts erschwert durch die politische Grundsatze-debatte, ob Deutschland ein »Einwanderungsland« sei, während sich im Alltag des gesellschaftlichen Lebens bereits unverkennbar eine kulturell vielfältige Einwanderungsgesellschaft entfaltete. In den letzten Jahren hat sich dieses Missverhältnis zwischen öffentlicher Wahrnehmung und politischer Gestaltung umgekehrt: Unter dem Druck des demographischen Wandels und dem daraus abgeleiteten Erfordernis starker Zuwanderungen ist die migrationsrechtliche Öffnung für Zuwanderung der öffentlichen Wahrnehmung davongeeilt, was erneut zu starken Irritationen führt. Die Erhaltung des kulturellen und sozialen Friedens in der Einwanderungsgesellschaft in Deutschland hängt mit davon ab, dass es gelingt, die sozialen und mentalen Folgeprobleme des schweren Wegs zu Einwanderungsland und Einwanderungsgesellschaft zu begrenzen. Nicht minder wichtig ist es, die Akzeptanz für die auch künftig nötigen starken Zuwanderungen zu sichern. Sie werden vor allem aus Drittländern fernab Europas und damit auch aus anderen Kulturräumen stammen. In Kreisen der Mehrheitsbevölkerung aber grassieren Sozial- und Kulturängste. Deshalb ist hier viel Informations-, Vermittlungs- und Überzeugungsarbeit nötig. Die Politik hat ihre dazu nötige Bringschuld damals wie heute nur bedingt erfüllt.

Schlüsselwörter: Einwanderungsland, Einwanderungsgesellschaft, Kulturangst, Willkommenskultur

Im November 1993 ging das *Manifest der Sechzig* bei C. H. Beck in den Druck (Bade, 1994b). Es war am *Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS)* der Universität Osnabrück (www.imis.uni-osnabrueck.de) konzipiert worden. Das Erscheinen dieser politikkritischen Programmschrift markiert in Deutschland ein festes Datum in der öffentlichen Diskussion um Migration und Integration. Wer das *Manifest der Sechzig* zwanzig Jahre nach seinem Erscheinen einschätzen und bewerten will, muss es vor seinem zeitgeschichtlichen Hintergrund sehen.¹

Politische Erkenntnisverweigerung im Einwanderungsland

Die Integration der damals noch »Ausländer« genannten Einwanderer war im Deutschland der 1980er Jahre stetig vorangeschritten, im kommunalen Alltagsleben ebenso wie im Spiegel von

Umfragen. Aus einer »Ausländerfrage« war eine Einwanderungsfrage, aus einem »Zuwanderungsland« ein echtes Einwanderungsland geworden. In seinen Grenzen begann sich eine kulturell vielfältige Einwanderungsgesellschaft zu entfalten.

Dieser unübersehbare Kultur- und Sozialprozess, der im griesgrämigen Einwanderungsland wider Willen zur verschämten Rede vom »De-facto-Einwanderungsland« führte, wurde politisch teils absichtsvoll nicht zur Kenntnis genommen, teils in defensiver Erkenntnisverweigerung verdrängt. Es galt, zum Teil auch parteiübergreifend, das von der CDU noch bis zum Dresdener Parteitag 1992 aufrechterhaltene Motto: »Deutschland ist kein Einwanderungsland«. Dabei zeigte sich ein politisches Paradox: Auf der kommunalen Ebene, also dort, wo sich Einwanderung vor aller Bürger Augen ereignete, wurde die fortschreitende soziale Integration der Einwanderer pragmatisch gefördert. Politik auf der Bundes- und zum Teil auch auf der Länderebene hingegen beharrte gleichzeitig darauf, dass Deutschland ein Einwanderungsland weder sein noch werden dürfe.

¹ Dieser Artikel erschien in einer ersten Fassung im November 2013 beim *Medien-dienst Integration*.

Die 1980er Jahre wurden deshalb in Sachen Einwanderung und Integration auf der Bundes- und vielfach auch auf der Länderebene – anders als auf der kommunalen Ebene – ein verlorenes Jahrzehnt: Es fehlte an der Entwicklung und Umsetzung der von Wissenschaftlern, aber auch von Gewerkschaften, Kirchen, Mittlerorganisationen, Ausländerbeauftragten und Migrantenorganisationen immer wieder vergeblich geforderten transparenten Konzepte für Einwanderungs- und Integrationspolitik als Kernbereiche der Gesellschaftspolitik; ganz zu schweigen von deren zureichender Vermittlung in der Bevölkerung.

Hintergrund von Irritationen und Frustrationen über Einwanderungsfragen bei vielen Bürgern war diese Abwesenheit von konzeptorientierter Politik in einer alltäglich erlebbaren und doch politisch für nicht-existent erklärten Einwanderungssituation. An deren Stelle traten vielfach populistische politische Ersatzhandlungen. Das galt vor allem für die immer wiederkehrenden, berüchtigten Anti-Ausländer- und Anti-Asylkampagnen zu Wahlkampfzeiten. Ihre oft demagogischen Botschaften lebten in den Köpfen vieler Adressaten weiter und blieben dort mobilisierbar, auch wenn Politik nach dem Ende des Wahlkampfes wie selbstverständlich wieder auf kommunikativen Normalbetrieb umschaltete.

Besonders die populistische politische und mediale Asyldebatte provozierte eine gefährliche Mischung von Wut und Angst. Die zentrale, besonders von konservativen Politikern vorgetragene und von den Massenmedien verbreitete Anti-Asyl-Argumentation drehte sich dabei oft in immer gleichen Zirkeln: In der Regel würden »bekanntlich« nur ca. fünf Prozent der Antragsteller als im engeren Sinne »politisch verfolgt« anerkannt

und damit für asylberechtigt erklärt. Das von Politikern und Medien wider besseres Wissen immer wieder in Umlauf gebrachte und nicht aus der Welt zu schaffende falsche Argument, die abgelehnten übrigen 95 Prozent der

men die analog zu Kontingentflüchtlingsen behandelten jüdischen Zuwanderer aus der UdSSR bzw. GUS, vor allem aber die um die Jahrzehntwende jährlich abrupt in die Hunderttausende hochschnellenden Zahlen von Aus-



Die 1980er Jahre waren in Sachen Einwanderung und Integration auf der Bundes- und vielfach auch auf der Länderebene – anders als auf der kommunalen Ebene – ein verlorenes Jahrzehnt

Antragsteller seien »Wirtschaftsflüchtlinge«, war reine Demagogie. Es blamierte sich regelmäßig vor der Tatsache, dass einem erheblichen Teil der Antragsteller und ihren Angehörigen trotz der Ablehnung aus verschiedenen Gründen ein Flüchtlingsstatus zugesprochen oder doch Abschiebeschutz in Gestalt von Duldung auf Zeit gewährt werden musste.

Vor diesem Hintergrund wuchsen in weiten Teilen der Öffentlichkeit Überforderungsvorstellungen, soziale und kulturelle Ängste. Das hatte auch mit dramatischen Veränderungen im Wanderungsgeschehen selbst zu tun.

Politische Ratlosigkeit und Bürgerangst

Der Kalte Krieg hatte in Europa jahrzehntelang die Ost-West-Migration gedrosselt und damit im Westen auch die alten Ängste davor zurücktreten lassen. Als der Limes des Kalten Krieges Ende der 1980er Jahre zerbrach, wurde deutlich, dass er auch ein Bollwerk gegen die Ost-West-Wanderung gewesen war. 1989 bis 1992 wurden in Deutschland rund eine Million Asylsuchende gezählt; nicht eingerechnet unzählige Flüchtlinge, die keine Asylanträge stellten, weil sie sich damit nicht gegen ihr Herkunftsland stellen wollten. Die meisten stammten aus dem in Krieg und Bürgerkrieg blutig zerfallenden Vielvölkerstaat Jugoslawien. Hinzu ka-

siedlern aus Südost- und besonders aus Osteuropa. Als interne Massenbewegung hinzu trat die im Vereinigungsprozess rapide steigende, nunmehr innerdeutsche Ost-West-Migration der »Umsiedler« aus den neuen Bundesländern.

Dieses Zusammentreffen der verschiedenen, zum Teil stark wachsenden Zuwanderungen und die Angst vor ihrer weiteren Entfaltung schien furchterregende »Migrationsszenarien« und populistische Migrations-Menetekel zu bestätigen: Bedrohungsvisionen von gewaltigen »Strömen« und »Fluten« zunächst aus dem Osten Europas, dann möglicherweise auch aus dem Süden der Welt, schienen konkrete Gestalt anzunehmen.

Vergeblich warfen engagierte Wissenschaftler, Ausländerbeauftragte und Praktiker der Ausländerarbeit schon in den 1980er und besonders in den frühen 1990er Jahren immer wieder Hinweise in die erregte Debatte, dass viele Asylsuchende, Flüchtlinge und andere, z. B. saisonal beschäftigte Ausländer, das Land wieder verließen oder, wie z. B. Zehntausende von Roma-Flüchtlingsen Anfang der 1990er Jahre, mehr oder minder zwangsweise »rückgeführt« wurden. Vergebens: Demographische Argumente vermochten gegen die alltägliche Erfahrung der de facto zunehmenden und von vielen Zeitgenossen als soziale und kulturelle Bedrohung empfundenen Begegnungen

mit stets neuen »Fremden« immer weniger auszurichten; denn Kulturangst reagiert nicht auf rationale Argumente. Das lange politisch fahrlässig gefüllte Fass lief über.

Bürgerwut und Explosion der Gewalt

Vor dem Hintergrund stark steigender Zuwanderungen und fehlender Konzepte zu ihrer Gestaltung schlugen die aufgestauten Frustrationen im vereinigten Deutschland Anfang der 1990er Jahre zunehmend um in fremdenfeindliche Aggressivität. »Wir warnen davor, das zentrale Politikfeld der Zuwanderung und Eingliederung zugewanderter Minderheiten weiter zu vernachlässigen«, hieß es noch Ende August 1991 in einem von mir initiierten, von mehreren Zeitungen übernommenen Aufruf engagierter Professoren verschiedener Fachrichtungen: »Die Probleme der Zuwanderung und Eingliederung eingewanderter Minderheiten müssen endlich als entscheidende Zukunftsaufgabe deutscher und europäischer Politik begriffen und mit umfassenden Konzepten beantwortet werden. Die Lage wird sich zuspitzen, wenn nicht vorausschauend politisch gehandelt wird.« (Bade, 1994c, S. 80 ff.; s. a. Bade, 1994a, S. 92 ff.)

Eine politische Antwort blieb abermals aus. Dann wurden die immer wieder vergeblich vorgetragenen und auf politischer Seite zumeist demonstrativ überhörten oder »dementierten« Warnungen schlagartig furchtbare Wirklichkeit. Radikalisierte Gruppen, die sich als Vertreter der in »Politikverdrossenheit« schweigenden Mehrheit missverstanden, eröffneten eine Gewaltorgie gegen »Fremde«. Pogromstimmung entlud sich in gewalttätigen Ausschreitungen.

Von dem Überfall auf ein Ausländerwohnheim im sächsischen Hoyerswerda im September 1991 ausgehend

raste ein Inferno fremdenfeindlicher Gewalt wie ein Flächenbrand durch Deutschland. Die Exzesse vom Herbst 1991 erregten weltweit Entsetzen und Abscheu – nicht weil sie deutsche Unikate waren, sondern weil sie vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gesehen wurden.


Eine zweite Welle fremdenfeindlichen Terrors ging aus von den Rostocker Pogromnächten im August 1992. Die Flammen von Rostock-Lichtenhagen wirkten wie ein Fanal. An den verschiedensten Orten im Osten und Westen der Republik gab es in der Folge Brandanschläge auf die Unterkünfte von asylsuchenden Flüchtlingen. Viele Brand- und damit Mordanschläge konnten abgewehrt, die Flammen rechtzeitig gelöscht werden. Nicht so im schleswig-holsteinischen Mölln, wo im November 1992 zwei von Türken bewohnte Häuser in Flammen aufgingen. Drei Menschen verbrannten, neun wurden zum Teil schwer verletzt.

Nach den Morden von Solingen Ende Mai 1993 und nach der Eruption kollektiver Gewalt auf den Straßen des Tatorts wuchs im vereinigten Deutschland die Sorge vor bürgerkriegsähnlichen Szenarien in einer komplizierten Einwanderungssituation. Darin überschritten sich viele Spannungslinien, auch solche, die ursprünglich gar nichts mit Zuwanderung und Integration im herkömmlichen Sinne zu tun hatten. Das zeigte sich u. a. darin, dass zunehmend auch die Schwächsten der Schwachen, hilflose Obdachlose, angegriffen, schwer verletzt und zum Teil auch zu Tode getreten wurden.

Nicht nur Wissenschaftler, auch Praktiker der Ausländerarbeit, die Ausländerbeauftragten, Kirchen und Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und die verschiedensten vor Ort arbeitenden Initiativen, hatten immer wieder vor den gefährlichen Folgen politischer Abstinenz und vor zum Teil durch konservative Politiker populistisch geradewegs vorgelebten und von den Medien weiter gesteigerten Ab-

wehrhaltungen gegenüber Zuwanderung als angeblicher Bedrohung gewarnt: Der weithin vorhandene Mangel an der in politischen Reden sonst so vielbemühten Klarheit und Berechenbarkeit könnte Unsicherheit, Angst und Wut stiften und den großen Vereinfachern von rechts zuarbeiten, die vom politischen Geschäft mit Angst und Wut leben. Das könnte zur Flucht in die Wahnwelt der falschen Ursachen und schließlich zum Terror gegen die Opfer der eigenen Ratlosigkeit führen.

Doch alle Warnungen waren auf der vermeintlich höheren politischen Warte demonstrativ überhört, für Krisen-

 **Kulturangst reagiert nicht auf rationale Argumente**

gerede oder Fantasterei erklärt und nicht selten auch borniert verlacht worden. Anfang der 1990er Jahre lachte unter Politikern in Entscheidungsverantwortung niemand mehr über die nun akut und gesellschaftlich gefährlich gewordenen Probleme. Aber es waren nur wenige der vormaligen populistischen Akteure mutig und selbstkritisch genug, sich öffentlich an ihre folgenreiche Agitation und daran zu erinnern, dass vor genau diesen Folgen politischen Fehlverhaltens bzw. Nichtverhaltens immer wieder vergeblich gewarnt worden war.

»Unten« wuchs unterdessen weiter die Angst vor den »Fremden« und »oben« die Angst vor den Bürgern als Wählern, während sich Sprecher der Parteien im Kampf um die Reform des Asylrechts gegenseitig die Schuld an der politischen Handlungs lähmung zuschrieben. Das Zusammentreffen der Angst von »unten« mit der Ratlosigkeit von »oben« trug bei atemberaubend zunehmender alltäglicher Gewalt auf den Straßen wesentlich bei zu der

politischen Legitimationskrise, vor der über Jahre hinweg ebenfalls vergeblich gewarnt worden war. Sie drohte kurzfristig sogar in eine Krise des parlamentarisch-demokratischen Systems umzuschlagen. Das ließ Bundeskanzler Helmut Kohl im Herbst 1992 vom »Staatsnotstand« in Migrations- und insbesondere Asylfragen sowie davon sprechen, dass das Land »nicht mehr regierbar« sei. Angeblich erwog man insgeheim kurzzeitig sogar eine putschartige Abschaffung von Art. 16 GG am Parlament vorbei, was nach dem Bekanntwerden solcher Überlegungen sogleich amtlich dementiert wurde.

Anfang der 1990er Jahre schien, wie der Schriftsteller Bodo Morshäuser notierte, die Flamme zum Symbol der Kommunikation auf Deutschlands Straßen zu werden: »Das Land scheint nur mehr aus Pyromanen zu bestehen. Die einen werfen Brandsätze, die anderen halten Kerzen.« (Morshäuser, 1993, S. 32) Die Bilder der Gewalt auf den Straßen wurden schließlich abgedrängt durch die berühmten Lichterketten-Demonstrationen. Sie sollten zeigen, dass das fremdenfeindliche Mordgesindel und der randalierende Pöbel nicht Sprecher einer gleichermaßen fremdenfeindlichen, aber schweigenden Mehrheit waren. Nach den Erfahrungen mit dem folgenreichen Versagen von Politik waren bei den großen Lichterketten Politiker, die sich hier einreihen wollten, oft ausdrücklich unerwünscht.

Fremdenangst, gewaltbereite Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindliche Gewaltakzeptanz im Vereinigungsprozess der frühen 1990er Jahre waren also »nicht etwa nur unvermeidbare Folgen von Einwanderung und Eingliederung, sondern auch vermeidbare Folgen ihrer mangelnden politischen Gestaltung.« Sie waren mithin auch »eine aggressive Antwort auf fehlende Konzepte in der Migrationspolitik« (Bade, 1994b, S. 80).

Der Weg zum *Manifest der Sechzig*

Auf diese dramatischen zeitgenössischen Probleme und ungeklärten Fragen sollte das *Manifest der Sechzig* antworten. Die Idee dazu hatte ich an dem von mir als Gründungsdirektor geleiteten Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück entwickelt, wo es für eine zügige Realisierung des Vorhabens gute personelle und materielle Voraussetzungen gab. Die Zeit schien endlich politisch reif für einen solchen geballten Vorstoß. Das hatten auch Diskussionen im Büro der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung ergeben, wo ich als wissenschaftlicher Berater tätig war.

Das *Manifest* sollte die aktuellen und mittelfristig erwartbaren Probleme des Einwanderungslandes Deutschland umreißen und sie in den globalen Kontext der Entwicklung von Bevölkerung und Wanderung rücken. Es sollte eine konzeptionelle Annahme der mit dem Wandel zu Einwanderungsland und Einwanderungsgesellschaft verbundenen Aufgaben fordern und konkrete Anregungen dazu geben. Der

schaften und Forschungsrichtungen, ebenso unterschiedliche Sichtweisen und Meinungspositionen. Dazu gehörten neben mir als Historiker und Migrationsforscher: die Erziehungswissenschaftlerin und Bildungsforscherin Ursula Boos-Nünning, der Migrationssoziologe Friedrich Heckmann, die Politikwissenschaftler Claus Leggewie, Dieter Oberndörfer und Peter J. Opitz, die Rechtswissenschaftler Otto Kimminich und Michael Wollenschläger, der Wirtschaftswissenschaftler Meinhard Miegel und der Bevölkerungswissenschaftler Rainer Münz, mit dem ich bei dem Vorhaben besonders eng kooperieren konnte.

Das Autorenteam arbeitete nach einem detaillierten, auf Zuordnung ohne unnötige Überschneidung ausgerichteten arbeitsteiligen Konzept unter starkem Zeitdruck: Das vom Stifterverband für die deutsche Wissenschaft sowie von der Freudenberg-Stiftung geförderte und am IMIS von Jochen Oltmer betreute *Manifest* sollte im Kern aus Kurzbeiträgen der einzelnen Autoren bestehen. Dazu sollten die insgesamt 60 Unterzeichner – von denen 50 erst noch zu finden waren – ihre Unterschriften leisten. Zeitgleich erarbeitete erläuternde Beiträge der zehn Autoren



» *Fremdenangst, gewaltbereite Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindliche Gewaltakzeptanz der frühen 1990er Jahre waren auch eine aggressive Antwort auf fehlende Konzepte in der Migrationspolitik*

Generalappell aber sollte auf einen offenen und kritischen Austausch zwischen wissenschaftlicher Forschung und politischer Praxis zielen.

Zur Umsetzung dieses ambitionierten Grundkonzepts konnte ich als Herausgeber kurzfristig ein multidisziplinäres Team von zehn Autoren gewinnen, das das von mir entworfene Grundkonzept weiter entwickelte. Das Team, das sich meist in kleineren Gruppen, aber auch als Plenum traf, vereinigte verschiedene Fachwissen-

sollten die Kurzbeiträge des *Manifests* vertiefen. Die Programmschrift sollte in einem Wettlauf gegen die Zeit innerhalb eines halben Jahres abgeschlossen sein und im November 1993 gedruckt werden.

Das gelang, obgleich es bis kurz vor der Drucklegung noch darum ging, mit der Einwerbung von genau 50 weiteren Unterschriften unter Vorlage des *Manifest-Kerntextes* dem Titel »*Manifest der Sechzig*« zu entsprechen – keine Unter-

schrift zu wenig, keine zu viel. Die Unterzeichner kamen aus den verschiedensten Fachgebieten und Forschungsrichtungen: von Demographie und Wirtschaftswissenschaften, Geographie und Geschichte, Sozial-, Politik- und Rechtswissenschaften über Pädagogik, Bildungsforschung und Sprachwissenschaft, Medizin, Psychologie und Psychoanalyse bis hin zu Kulturanthropologie, Ethnologie und Theologie.

Der Verlag C. H. Beck, bei dem ich schon mehrere Bücher veröffentlicht hatte, machte das engagierte Vorhaben zu seinem eigenen. Er ermöglichte die Umsetzung des engen Zeitplans und verzichtete aus Zeitgründen vertrauensvoll sogar auf das Endlektorat. Der Cheflektor traf sich stattdessen mit Jochen Oltmer zur Endproduktion an den Druckmaschinen des Verlags in Nördlingen. 12 000 Exemplare wurden dort im November gedruckt. Im Impressum wurde das Jahr 1994 angegeben, damit das Buch nicht schon zwei Monate später als Titel aus dem vergangenen Jahr wirkte.

Forderungen und Wirkungen des Manifests der Sechzig

Im Zentrum des *Manifests* stand die Forderung nach Einwanderungsgesetzgebung und umfassenden Konzeptionen einer Einwanderungs- und Integrationspolitik. Dabei bildeten die Interessen und Probleme des Einwanderungslandes den Schwerpunkt der Betrachtung.

Bewusst nicht im Zentrum standen die ebenso wichtigen Themen Flucht und Asyl. Beide Bereiche sollten zwar, so die Forderung des *Manifests*, in umfassenden Konzepten zusammengeführt werden. Sie sollten aber klar unterscheidbar bleiben, zumal es in der öffentlichen und insbesondere politischen Diskussion immer wieder Versuche gegeben hatte, die beiden Bereiche

gegeneinander auszuspielen. Das hatte das Missverhältnis weiter Teile der Öffentlichkeit gegenüber Migration und Integration als Gestaltungsaufgaben nur noch mehr gesteigert.

Das *Manifest* enthielt zwar eine Fülle von konkreten Anregungen. Sein Generalappell aber zielte auf die erwähnte Intensivierung des Austausches zwischen wissenschaftlicher Forschung und politischer Praxis. Das sprach aus dem letzten Absatz meines Eröffnungsbeitrages, der auch das Arbeitskonzept des »doppelten Dialogs« aufnahm, das wir am IMIS entwickelt hatten:

► *Konzeptionen für Migrationspolitik müssen in Auseinandersetzung mit vorliegenden, oft ungenutzten wissenschaftlichen Ergebnissen erarbeitet werden. Nötig dazu ist ein doppelter Dialog: einerseits zwischen den verschiedensten, oft ohne Kenntnis voneinander auf verwandten Feldern arbeitenden Forschungsrichtungen; andererseits zwischen ihnen und den verschiedensten Feldern der Praxis, auch im Blick auf Verwaltungshandeln und politischen Entscheidungsprozess. Dazu muss sich auf beiden Seiten viel ändern, wenn es nicht dahin kommen soll, dass ungenutzte Forschungsergebnisse und damit verlorene Handlungschancen erst dereinst von Wissenschaftshistorikern wiederentdeckt werden.* ◀
(Bade, 1994b, S. 84 f.)

Auf Jahre hinaus sah es so aus, als ob sich diese Befürchtung erfüllen würde: Das *Manifest* stieß in der weiteren Öff-

» Im Zentrum des Manifests stand die Forderung nach Einwanderungsgesetzgebung und umfassenden Konzeptionen einer Einwanderungs- und Integrationspolitik

fentlichkeit auf großes Interesse und erregte in den an Migration und Integration interessierten Kreisen enormes Aufsehen. Das galt besonders für die Praktiker der Integrationsarbeit in Kirchen und Gewerkschaften, in den

mit der Integrationsarbeit betrauten Mittlerorganisationen sowie in den Kommunen mit ihren Ausländer- bzw. Integrationsbeauftragten, Ausländerbeiräten und Migrantenorganisationen.

Klar spürbar war der Einfluss des *Manifests* z. B. bei dem ökumenischen »Gemeinsamen Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht« aus dem Jahr 1997, für das ich als Berater der EKD den gesellschaftspolitischen Zentralteil konzipierte. Das gleiche galt für den Ende 2000 von der Bundesregierung freigegebenen Bericht der Sachverständigenkommission zur »Lage der Familien ausländischer Herkunft in Deutschland«, der ich angehörte. Und bei der konstituierenden Sitzung der nach ihrer Vorsitzenden »Süssmuth-Kommission« genannten Unabhängigen Kommission Zuwanderung im Herbst 2000 ließ Bundestagspräsidentin a. D. Rita Süssmuth den Mitgliedern zur näheren Orientierung über die nicht allen zureichend vertraute Materie das *Manifest der Sechzig* auf die Tische legen.

Von den *Manifest*-Autoren war nur Rainer Münz in die Unabhängige Kommission Zuwanderung berufen worden. Ich selber war, wie mir Bundesinnenminister Otto Schily später mitteilte, auf einem der ersten Plätze ebenfalls dafür vorgesehen gewesen, aber auf seine verärgerte Intervention hin demonstrativ ausgeschlossen worden, was er später Rita Süssmuth und mir selbst gegenüber als »Fehler« be-

dauerte. Anlass für meinen Ausschluss war, dass ich einen kritischen Offenen Brief an den neuen Bundesinnenminister unterzeichnet hatte, weil er nach seinem Amtsantritt Ende 1998 in Medi-

en und Talkshows immer wieder mit populistischen Abwehrgargumenten hervorgetreten war («Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten») und dabei regelmäßig die hohen Zuwanderungszahlen genannt hatte, ohne die ebenfalls hohen Abwanderungszahlen zu erwähnen. Dennoch blieben die Spuren des *Manifests* unverkennbar im 2001 vorgelegten Bericht der »Süssmuth-Kommission«, die ich schließlich als Gutachter und über die Vorsitzende auch persönlich beratend begleitet hatte.

Von der Politik wurde das politik-kritische *Manifest der Sechzig* zwar ebenfalls zur Kenntnis genommen, wie zahlreiche persönliche Rückmeldungen zeigten. Nach außen hin aber wurde die Programmschrift politisch nachgerade totgeschwiegen, abgesehen von Ausnahmen bei SPD, Bündnis 90/Die Grünen und auf dem angeblich »linken« bzw. »multikulturellen« Flügel der CDU. Dies war umso bemerkenswerter, als das *Manifest* dank der Unterstützung durch die Freudenberg-Stiftung jedem Ministerium, allen Bundestagsabgeordneten und vielen anderen führenden Kräften in Politik, Verwaltung und Verbänden vorlag. Zu dem erstrebten offenen Dialog zwischen Politik und Wissenschaft kam es deshalb in den Folgejahren zunächst nur in Ansätzen und in persönlichen Kontakten.

Vom Manifest der Sechzig zum Rat für Migration (RfM) und zum Sachverständigenrat (SVR)

Um den Druck zu erhöhen, regte ich 1997/1998 an, einen erweiterten Kern der *Manifest-Gruppe* in einem »Rat für Migration (RfM)« zu organisieren. (www.rat-fuer-migration.de). Auch dabei half die Freudenberg-Stiftung,

vertreten durch ihren Geschäftsführer Christian Petry, der mir auch persönlich als Berater zur Seite stand. Alle Gründungspapiere für den neuen Verband wurden am IMIS geschrieben und publiziert (Rat für Migration, 1998; Oltmer, 1998a, 1998b; vgl. auch Bade, 1999). Ideelle Grundlage war ein von mir am IMIS entworfenes und dann gemeinsam weiterentwickeltes Konzept. In seinem Zentrum standen »kritische Politikbegleitung« über die Medien und der erwähnte »doppelte Dialog« zwischen Experten der Wissenschaft sowie zwischen ihnen und Experten der verschiedensten Praxisbereiche.

Als programmatische Aufgabe legte der *Rat für Migration* in § 1 seiner Satzung fest:

➤ *Der Rat für Migration (RfM) betrachtet Migration und Integration als zentrale Fragen und Aufgaben für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Kultur. Der Rat für Migration tritt ein für aktiv gestaltende Migrations- und Integrationspolitik mit langfristigen Perspektiven, gestützt auf umfassende und integrale Konzepte. Er wirkt in diesem Sinne durch eigene Entwürfe, Beratung, kritische Politikbegleitung und Berichterstattung.* (Rat für Migration, 2000, S. 23) ◀

Der kritischen Politikbegleitung dienten zahlreiche einzelne Beiträge und Interviews von Vertretern des Rates für Migration in den Medien im Bemühen um konzeptorientierte politische Aktivierung im Bereich Migration und Integration. In den Bereich von kritischer Politikbegleitung und zugleich Berichterstattung gehörte der im Oktober 2000 erstmals vorgelegte *Migrationsreport*, der ebenfalls am IMIS konzipiert und in seinen ersten Jahrgängen auch dort bis zur Druckreife produziert wurde.

Der *Migrationsreport* galt schon bald als ein Standardwerk zur kritischen Berichterstattung über Migration und In-

tegration. Die dazu von mir und Rainer Münz entwickelte Struktur mit Aufsätzen zu einem Schwerpunktthema sowie einem abschließenden Überblick über den politischen und öffentlichen Dis-



Der Migrationsreport galt schon bald als ein Standardwerk zur kritischen Berichterstattung über Migration und Integration

kurs in Migrations- und Integrationsfragen wurde bis zum 2011 vorgelegten letzten Band der Serie durchgehalten.²

Organisatorisch hatte sich der Rat für Migration nach einer Vorlaufphase unter Leitung des Demographen Herwig Birg und dann des Rechtswissenschaftlers Michael Wollenschläger († 2008) im Jahr 2000 als gemeinnütziger Verein neu konstituiert. Neuer Vorsitzender wurde der Politologe Dieter Oberndörfer, sein Nachfolger der Soziologe Michael Bommers († 2010). Ihm folgten als Vorsitzende die Erziehungswissenschaftlerin Marianne Krüger-Potratz und zuletzt, als heutiger Vorsitzender, der Ethnologe Werner Schiffauer, unter dessen Leitung sich der Rat für Migration neu aufgestellt und im Mitgliederbestand stark verjüngt hat.³

² *Migrationsreport. Fakten – Analysen – Perspektiven*, Frankfurt a.M./New York, Jg. 2000 (2001) – Jg. 2010 (2011). Der *Migrationsreport* wurde bis 2010, zunächst von mir in Kooperation mit Rainer Münz sowie Michael Bommers († 2010), dann von Marianne Krüger-Potratz und Werner Schiffauer als Herausgebern, alle zwei Jahre für den Rat für Migration herausgegeben und auf einer Pressekonferenz vorgestellt.

³ Den mir immer wieder von den Mitgliedern des Rates wie von Christian Petry angetragenen Vorsitz im *Rat für Migration* habe ich beharrlich abgelehnt, weil ich ein Gegner der Bündelung von zu vielen Funktionen in einer Hand war und bin.

Vom Rat für Migration führte eine direkte Linie weiter zum 2008 gegründeten und von acht im Integrationsbereich engagierten deutschen Stiftungen getragenen »Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR)« (www.svr-migration.de). Dieses heute zweifelsohne wichtigste Gremium der wissenschaftlichen Politikberatung in Sachen Migration und Integration in Deutschland ging ebenfalls auf eine Konzeptidee von mir zurück, die ich ursprünglich in Absprache mit dem Kuratoriumsvorsitzenden Dr. Michael Endres für die Gemeinnützige Hertie-Stiftung ausgearbeitet hatte. Dieses Konzept, in dessen Zentrum abermals die erwähnte Strategie der »kritischen Politikbegleitung« stand, habe ich dann weiterentwickelt in Zusammenarbeit mit Dr. Wilhelm Krull, dem Vorsitzenden des Bundesverbandes der deutschen Stiftungen und Generalsekretär der Volkswagen Stiftung, deren Kurator ich ein Jahrzehnt lang war, mit Dr. Bernhard Lorentz, dem Geschäftsführenden Vorstandsmitglied der Stiftung Mercator sowie mit Staatssekretär a. D. Rüdiger Frohn, dem Vorsitzenden des Beirats der Stiftung Mercator.

Der »Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration«, den ich bis 2012 als Gründungsvorsitzender geleitet habe, nahm 2009 mit einer rasch wachsenden Geschäftsstelle in Berlin seine Arbeit auf und wurde 2012 noch um einen eigenen Forschungsbereich ergänzt. Bei seiner Gründung hatte ich Wert auf Kontinuität gelegt, weshalb in seinen Statuten festgelegt wurde, dass mindestens drei der insgesamt neun Mitglieder aus dem RfM kommen sollten. Daraus sind dann zunächst sogar sechs Doppelmitgliedschaften geworden.⁴

⁴ Festschrift Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), Berlin 2012, http://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2014/11/FestschriftSymposiumfuerProfBade_creator.pdf

20 Jahre nach dem Manifest der Sechzig – Wissenschaft und Politik heute

Rückblickend betrachtet hat das kritische Engagement von Migrationsforschern in Wissenschaft und Politik zweifelsohne einiges bewegt. Das galt zunächst in der Forschung selbst, dann aber auch in dem Gestaltungsbereich, der heute wie selbstverständlich »Migrations- und Integrationspolitik« heißt und viel zu lange »Ausländerpolitik« genannt wurde. Zugleich aber ist heute vieles anders als zur Entstehungszeit des *Manifests der Sechzig* – im Blick auf Migration und Integration als Forschungsthemen wie als politische Gestaltungsaufgaben:

Was die Wissenschaft anbetrifft, so geht es heute nicht mehr um die Förderung von Migrationsforschung als einer kleinen und anfangs eher belächelten Insel in der Wissenschaftslandschaft. Es gibt hierzu heute ein national und international anerkanntes, hoch differen-

Daneben stehen andere, die z. B. dem Konzept der kritischen Politikbegleitung folgen. Sie bleiben also in kritisch beobachtender Distanz und adressieren Politik nicht direkt, sondern auf dem Weg über die Öffentlichkeit, d. h. durch die breitenwirksame Publikation von Forschungsergebnissen in menschenfreundlicher Prosa oder durch Intervention über die Medien. Zuweilen überschneiden sich aber auch direkte Politikberatung und kritische Politikbegleitung oder haben fließende Grenzen.

Schließlich gibt es auch Migrationsforscher, die aus einem vergleichsweise exklusiven Verständnis von Wissenschaft heraus möglichst wenig und schon gar nichts direkt mit Politik zu tun haben wollen. Aus ihren Reihen kommt gelegentlich rückblickend Kritik an einer gewissen kämpferischen Politik- bzw. Staatsfixiertheit der frühen Migrationsforschung in Deutschland. Dahinter aber stand, wie gezeigt, der mitunter etwas einsame, oft persönlich aufreibende und zermürbende Kampf gegen hartnäckige und folgenreiche politische Verweigerungshal-



Die Migrationsforschung ist heute ein national und international anerkanntes, hoch differenziertes und tiefgestaffeltes multi- sowie interdisziplinäres Feld mit zahlreichen Forschungsrichtungen

ziertes und tiefgestaffeltes multi- sowie interdisziplinäres Feld mit zahlreichen Forschungsrichtungen. Dieses fachlich vielgestaltige Forschungsfeld spiegelt die ganze Bandbreite der kultur- und sozialwissenschaftlichen, aber z. B. auch der bevölkerungs-, wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Forschungsentwicklung. Migrationsforscher arbeiten teils empirisch, teils mit historischer, teils aber auch mit prospektiver Blickrichtung.

Was die Bezüge zwischen Wissenschaft und politischer Praxis angeht, so gibt es Migrationsforscher, die sich in direkter Politikberatung engagieren.

Von den sogenannten Elfenbeintürmen politik- und praxisferner Wissenschaft aus konnte dieser Kampf nicht geführt werden. Etwas seltsam wirkt deshalb gelegentlich die beckenmessernde Kritik derjenigen, die solche Konflikte seinerzeit selber nur aus sicherer wissenschaftlicher Distanz und ohne eigene Intervention in den vermeintlich verachtenswerten Niederungen der Politik beobachtet haben.

Im Blick auf die politische Gestaltung und deren Handlungsrahmen hat sich seit dem Erscheinungsjahr des *Manifests der Sechzig* ebenfalls Grundle-

gendes verändert: Das gilt im Bereich Migration für die Öffnung des europäischen Wanderungsraumes im Zeichen der Freizügigkeit nach innen, für seine umso stärkere Abgrenzung nach außen (»Festung Europa«) und für die Beschränkung von migrationspolitischen Steuerungsoptionen auf Drittstaaten jenseits der EU. Im Bereich Integration gibt es in Deutschland, dessen Existenz als Einwanderungsland von konservativen politischen Kreisen noch bis Anfang der 1990er Jahre dementiert wurde, längst eine kulturell vielfältige Einwanderungsgesellschaft, die sich eigendynamisch stets weiter ausdifferenziert.

Aber auch im Bereich Migrations- und Integrationspolitik selbst hat sich in Deutschland seit der Jahrhundertwende vieles von Grund auf verändert: Migration und Integration sind politische Mainstream-Themen geworden. Lange überfällige politische, legislative und administrative Entscheidungen wurden getroffen. Das geschah freilich oft mit folgenreichen historischen Verspätungen und in mühsamen politischen Stolperschritten, gemessen an den lange immer wieder vorgetragenen Appellen zur aktiven Gestaltung. Das galt, um nur vier Beispiele zu nennen, für die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts 2000 und für das Zuwan-

Einwanderung:

Die dauerhafte Verlagerung des Lebensmittelpunktes in ein anderes Land, in der Regel mit dem Ziel des Erwerbs der Staatsangehörigkeit dieses Landes.

Einwanderungsländer:

Staaten, in denen die Einwanderung dauerhaft die Auswanderung übersteigt, die sich selbst als Einwanderungsländer verstehen und diesem Selbstverständnis durch Einwanderungsgesetzgebung und Einwanderungspolitik entsprechen. Dabei wurden »klassische« Einwanderungsländer (z. B. die Vereinigten Staaten, Kanada, Australien) im Gegensatz zu »modernen« (z. B. europäischen) Einwanderungsländern der Gegenwart in ihrer Gründungs- und Entwicklungsgeschichte selber entscheidend durch Einwanderung geformt.

Einwanderungsgesellschaft:

Eigendynamischer Kultur- und Sozialprozess des Zusammenwachsens von (zum Teil selbst durch Einwanderung entstandener) Mehrheitsbevölkerung mit neuen Einwanderergruppen; bei starken und anhaltenden Einwanderungen oft geprägt durch regional und sozial unterschiedlich deutliche Veränderungen von Strukturen und Lebensformen im Einwanderungsland.

Kulturangst:

Im Zusammenhang von Einwanderung in Kreisen der Mehrheitsbevölkerung verbreitete Angst vor einer Gefährdung der eigenen durch als fremd angesehene kulturelle Werte und Lebensformen, aktuell besonders im Blick auf Islam bzw. Muslime.

Willkommenskultur:

In Deutschland im engeren Sinne ursprünglich von überseeischen Vorbildern (z. B. »Welcome Centers« in Kanada) übernommenes Konzept zur Umwandlung von Ausländerbehörden in »Willkommensbehörden«; im weiteren Sinne und in Verbindung mit »Anerkennungskultur« (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) gesellschaftspolitisches Experimentierfeld im Bemühen um eine höhere Akzeptanz von laufenden und aus demo-ökonomischen Gründen in Deutschland auch künftig nötigen starken Einwanderungen.

derungsgesetz 2005 ebenso wie für die Hochqualifizierten-Richtlinie und das Anerkennungsgesetz 2012.

Zu dem mühsamen und späten, dann aber kraftvollen und erfolgreichen Wandel zum Besseren hat – im Konzert vieler Experten der Wissenschaft und der Praxis – auch das *Manifest der 60* das Seine beigetragen. Es hat

haltungen umschlagen können, wurden, wieder einmal, politisch lange nicht zureichend zur Kenntnis genommen. Statt einer offenen Akzeptanz der Einwanderungsgesellschaft und einer Annahme der damit verbundenen gesellschaftspolitischen Vermittlungsaufgaben verschanzte sich Politik oft weiterhin hinter populistischen Ab-

konzeptorientierten und zukunftsgerichteten Einwanderungspolitik. Das muss mehr sein als die nach langem Zögern und Zaudern gnädig erleichterte Zulassung von begehrten und für besonders passfähig gehaltenen Hochqualifizierten und Fachkräften aus Drittstaaten. Eine solche Einwanderungspolitik ist gerade im Zeichen der zunächst langsam spürbaren und dann rasant zunehmenden Folgen des demographischen Wandels für das einheimische Arbeitskräfteangebot und für die Stabilisierung der angeschlagenen Sozialsysteme unabdingbar. Und es gibt trotzdem noch immer die Sozial- und Kulturängste davor, die auch durch populistische politische Redensarten geweckt wurden und vielfach noch immer wachgehalten werden.

Asylpolitik: Asylgewährung und Asylpolitik standen zwar, wie erwähnt, bewusst nicht im Mittelpunkt des *Manifests der Sechzig*. Sie wurden aber an geeigneten Stellen oft ausdrücklich mit bedacht. Das hat zuletzt im Oktober 2013, kurz vor dem zwanzigsten Jubiläum des *Manifest*-Drucks im November 1993, der Chefkolumnist der *Süddeutschen Zeitung*, Heribert Prantl, wieder betont: Unter dem Titel »Rettet unsere Seelen« begründete er: »Warum aus einem Abwehr- und Abschreckungsregime ein Einwanderungsrecht werden muss« (Prantl, 2013). Er erinnerte in diesem großen Asyl-Artikel aus Anlass der Katastrophe von Lampedusa an »das fabelhafte *Manifest der Sechzig*, die große Schrift, in der 60 deutsche Wissenschaftler aller Fachrichtungen 1993 für eine quotierte Einwanderung warben und Regeln dafür vorstellten«. Statt diese Vorschläge des *Manifests* zu berücksichtigen, habe sich »die deutsche Politik zwanzig Jahre lang auf die faule Haut gelegt«. So kam es zu »zwanzig furchtbaren, verlorenen Jahren, zur Agonie der Flüchtlingspolitik – zukunftsverhindernd für Europa, tödlich für die Flüchtlinge«, schreibt Prantl. Weiter heißt es:

»Statt einer offenen Akzeptanz der Einwanderungsgesellschaft verschanzt sich Politik vielfach hinter populistischen Abwehrgesten und zugleich hinter symbolischen Inszenierungen einer »Willkommenskultur«

mancherlei Anstöße in der öffentlichen Diskussion und letztlich auch in der Politik gegeben. Politik hat seither in den Bereichen Migration und Integration zunehmend Tritt gefasst. Viele Forderungen von damals sind erfüllt worden, wenn auch zunächst oft mutlos, halbherzig und auf mühevollen Umwegen. Und doch ist das *Manifest der Sechzig* im Blick auf seinen Untertitel *Deutschland und die Einwanderung* auch zwanzig Jahre nach seinem Erscheinen noch eine Mahnung mit vielen offenen Positionen geblieben und deshalb nach wie vor aktuell. Das zeigt ein abschließender Blick auf Einwanderungsgesellschaft, Einwanderungspolitik und Asylpolitik.

Einwanderungsgesellschaft: Das Betriebsgeheimnis der sich eigendynamisch entfaltenden Einwanderungsgesellschaft ist der kulturell und sozial, regional und lokal unterschiedlich ausgeprägte, oft rasante Wandel in Strukturen und Lebensformen. Diese kulturelle und soziale Eigendynamik lässt viele Menschen ohne Migrationshintergrund ratlos und skeptisch zurück. Soziale und kulturelle Ängste, die in sozial- und kulturrassistische Abwehr-

wehrgesten im Blick auf unerwünschte Zuwanderungen und zugleich hinter symbolischen Inszenierungen einer »Willkommenskultur«, die oft nur Willkommenstechnik für Neuzuwanderer ist und damit kaum mehr als ein aktueller Beitrag zum Märchen von des Kaisers neuen Kleidern. Im Leistungsbild des »Integrationslandes« Deutschland gilt zwar die wichtigste Kernbotschaft des ersten Jahresgutachtens des Sachverständigenrates (»Einwanderungsland 2010«), dass Integration in Deutschland insgesamt »besser als ihr Ruf im Land« ist. Heute aber geht es – von Integrationshilfen für Neuzuwanderer und den von mir einmal als »nachholende Integrationspolitik« konzipierten Maßnahmen zur Teilhabeförderung abgesehen – nicht mehr um »Integrationspolitik für Migranten«. Es geht um teilhabeorientierte Gesellschaftspolitik für alle. Dafür aber fehlen nach wie vor die Konzepte, ebenso wie ein Zusammenhalt sicherndes inklusives Selbstbild der demokratischen Einwanderungsgesellschaft und ein Menschen mit und ohne Migrationshintergrund einschließendes großes Narrativ.

Einwanderungspolitik: Unerfüllt geblieben ist, trotz vieler Reformen, bis heute die in der aktuellen öffentlichen und politischen Diskussion wieder aufgestiegene Forderung nach einer

➤ Jetzt muss man wieder über Konzepte und Vorschläge reden, über die man schon vor zwanzig Jahren hätte reden können: über die Eröffnung legaler Zugangswege nach Europa; also über eine Einwanderung nach einem Punktesystem; und über Aufnahmequoten in den einzelnen EU-Staaten, die sich an Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft orientieren. Im Manifest der Sechzig stand folgender Vorschlag: »Einwanderer haben ihre Anträge grundsätzlich vom Ausland aus zu stellen. Übersteigt die Zahl der Anträge das vorgeordnete Kontingent, so muss über ein Punktesystem nach den Kriterien Herkunft, Qualifikation und Alter der Bewerber gewichtet werden. Personen, die einen Asylantrag gestellt haben, sollen erst nach einer angemessenen Frist als Einwanderer Berücksichtigung finden.«

(Ebd.)

Es gibt gegen zähe Widerstände durchgesetzte, verhaltene asylrechtliche Reformen (z. B. Arbeitsgenehmigungen für Asylbewerber, Verbesserungen beim Asylbewerberleistungsgesetz). Das sind lange überfällige Erleichterungen, mit denen sich die deutsche Asylpraxis noch positiver abhebt von der zum Teil desolaten Lage in anderen europäischen Ländern (z. B. Italien und Griechenland, Bulgarien und Ungarn). Es gibt aber auch Verschärfungen (z. B. »Dublin-Haft«) in der vom restriktiven europäischen Rechtsrahmen bestimmten Asylpolitik, deren Begleitumstände und Folgen für die Betroffenen Hilfsorganisationen wie Pro Asyl kritisieren und die in besonderen Härtefällen Kirchengemeinden zu umstrittenen Interventionen zum Schutz gegen ihres Erachtens un gerechtfertigte Abschiebung veranlassen (»Kirchenasyl«). Gegenüber dem seit Anfang der 1990er Jahre nicht mehr erlebten Andrang von Flüchtlingen und Asylsuchenden aber hat sich in der Zivilgesellschaft eine breite Bewegung für Willkommen und Hilfe im Alltag

entfaltet. Sie kann auch als eine demonstrative Antwort auf fremden- und insbesondere flüchtlingsfeindliche Strömungen (z. B. »Pegida«) verstanden werden und zeugt damit von einer weitreichenden positiven Veränderung des öffentlichen Klimas gegenüber Einwanderern, Flüchtlingen und Asylsuchenden.

Rückblickend betrachtet sind manche konkreten Forderungen des Manifests der Sechzig heute mehr oder minder erfüllt. Trotz solcher bis in die Gegenwart spürbaren Folgewirkungen bleibt das Manifest ein historisches Dokument, das vor dem Hintergrund seiner zeitgeschichtlichen Rahmenbedingungen gesehen werden muss.

In manchen seiner grundlegenden Denkanstöße ist das Manifest aber auch eine nach wie vor weithin unerfüllte politische Herausforderung geblieben. Das spricht einerseits daraus, dass erst heute, wiederum gegen heftige Widerstände, über ein konzeptorientiertes »Einwanderungsgesetz« diskutiert wird, das alle einschlägigen Gestaltungsbereiche – temporäre Zuwanderung und dauerhafte Einwanderung, Integration im engeren und teilhabereorientierte Gesellschaftspolitik im weiteren Sinne – zusammenführen soll. Es spricht andererseits daraus, dass es eine handlungsorientierte politische Konzeptdiskussion über nationale und internationale Antworten auf künftige Herausforderungen im Migrationsgeschehen kaum gibt: Das gilt im Blick auf die künftig aus fernen Drittstaaten stammenden Zuwanderungen nach Deutschland ebenso wie im Blick auf die in der weiteren Zukunft weltweit erwartbaren klimabedingten Massenzuwanderungen.

Fazit

In Deutschland entfaltete sich im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, regional und lokal unterschiedlich ausgeprägt, eine kulturell vielfältige Einwanderungsgesellschaft. Die politische Akzeptanz dieser für die Bürger

im Alltag unübersehbaren und durch wissenschaftliche Bestandsaufnahmen bestätigten sozialen und kulturellen Realität und deren angemessene Gestaltung wurden erschwert durch die handlungslähmende Grundsatzdebatte, ob Deutschland ein »Einwanderungsland« sei. Dieses Missverhältnis zwischen öffentlicher Wahrnehmung und politischer Gestaltung war in den frühen 1990er Jahren, vor dem Hintergrund extrem starker Zuwanderungen, mitbestimmend für die fremdenfeindlichen Exzesse auf deutschen Straßen, bei denen sich gewaltbereite kleine Minderheiten als Sprecher der schweigenden Mehrheit missverstanden. In den letzten Jahren hat sich dieses Missverhältnis zwischen öffentlicher Wahrnehmung und politischer Gestaltung umgekehrt: Unter dem Druck des demographischen Wandels und dem daraus abgeleiteten Erfordernis starker Zuwanderungen ist die migrationsrechtliche Öffnung für Zuwanderung der öffentlichen Wahrnehmung davongeeilt. Das verstärkt erneut Irritationen und Abwehrhaltungen, die heute besonders an den Kampftemen Asyl, Einwanderung und Islam kristallisieren. Die Erhaltung des kulturellen und sozialen Friedens in der Einwanderungsgesellschaft in Deutschland hängt mit davon ab, dass es gelingt, die sozialen und mentalen Folgeprobleme des schweren Wegs zu Einwanderungsland und Einwanderungsgesellschaft zu begrenzen. Nicht minder wichtig ist es, die Akzeptanz für die auch künftig nötigen starken Zuwanderungen zu sichern. Sie werden vor allem aus Drittländern fernab Europas und damit auch aus anderen Kulturräumen stammen. In Kreisen der Mehrheitsbevölkerung aber grassieren Sozial- und Kulturängste. Deshalb ist hier viel Informations-, Vermittlungs- und Überzeugungsarbeit nötig. Politik hat ihre dazu nötige gesellschaftspolitische Bringschuld damals wie heute nur bedingt erfüllt.

→ Summary

Germany and the Immigration – The editor of »Manifest der Sechzig« (1993) remembers

In the last third of the 20th century, acceptance for the idea of Germany as an »immigration country« or »immigration society« was impeded by a fairly abstract political debate on the question of whether or not Germany should be labelled as such. At the same time, Germany was clearly developing into a culturally diversified society. In the last few years, this discrepancy between public perception and political intention has undergone a volte-face. Under the pressure of a rapidly aging society and the call for a strong influx of incomers, the legal position with regard to immigrants now provides for much more latitude than many German citizens find immediately palatable. Cultural and social harmony (peaceability) in Germany as an immigration society depends partly on the degree of success achieved in keeping a rein on the social and mental problems occasioned by progress towards acceptance of immigration as an integral part of society. Strengthening this acceptance is doubly important in view of the high immigration figures that will definitely be required in the future. Those immigrants will be coming here largely from third countries far away from Europe and hence from very different cultures. This causes social and cultural apprehension in the majority of the population, necessitating a great deal of socio-

political information, intermediary work and convincement activity. Today, as in the past, politicians have done less than they might in this respect.

Keywords: immigration country, immigration society, cultural anxiety, culture of welcome

→ Bibliografie

- Bade, K. J. (1994a). *Ausländer – Aussiedler – Asyl. Eine Bestandsaufnahme*, München: C. H. Beck.
- Bade, K. J. (Hrsg.) (1994b). *Das Manifest der 60: Deutschland und die Einwanderung*. München: C. H. Beck. Erreichbar unter: <http://kjbade.de/bilder/DasManifestder60.pdf>, letzter Zugriff: 24. 02. 2015.
- Bade, K. J. (1994c). *Homo Migrans. Wanderungen aus und nach Deutschland. Erfahrungen und Fragen*. Essen: Klartext.
- Bade, K. J. (1999). Migrationsforschung und Gesellschaftspolitik im »doppelten Dialog«. In R. Künzel et al. (Hrsg.), *Profile der Wissenschaft. 25 Jahre Universität Osnabrück* (S. 107 – 121). Osnabrück: Rasch.
- Morshäuser, B. (1993, 20. August). Die guten Menschen von Deutschland. *Die Zeit*, S. 32.
- Oltmer, J. (1998a). Rat für Migration. *Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR)*, 18, 283.
- Oltmer, J. (1998b). Rat für Migration gegründet: »Vernetzung der Köpfe«. *AWR-Bulletin*, 36 (4), 222 – 223.
- Prantl, H. (2013, 19./20. Oktober) Rettet unsere Seelen. *Süddeutsche Zeitung*.
- Rat für Migration (Hrsg.) (1998). *Präsentation einer Idee*. Osnabrück: IMIS.
- Rat für Migration e. V. & IMIS (2000). *Information zum Migrationsreport 2000*. Osnabrück: IMIS. ■



Anschrift des Verfassers

Prof. em. Dr. Klaus J. Bade

kjbade@gmx.de

www.kjbade.de

Der Migrationsforscher, Publizist und Politikberater Prof. em. Dr. Klaus J. Bade lehrte bis 2007 Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück und lebt seither in Berlin. Er war u. a. Mitbegründer des Osnabrücker Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), des Rates für Migration (RfM), der Gesellschaft für Historische Migrationsforschung (GHM), stellvertretender Vorsitzender des Sachverständigenrates der Bundesregierung für Migration und Integration (Zuwanderungsrat) und von Ende 2008 bis Mitte 2012 Gründungsvorsitzender des von ihm konzipierten Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) in Berlin. Bade hatte Fellowships bzw. Gastprofessuren an den Universitäten Harvard und Oxford, an der Niederländischen Akademie der Wissenschaften sowie am Wissenschaftskolleg zu Berlin. Er hat zu Migration und Integration in Geschichte und Gegenwart viele Forschungsprojekte geleitet, einige Dutzend Bücher sowie Hunderte von kleineren Schriften veröffentlicht. Für sein Engagement in Forschung und kritischer Politikbegleitung hat er diverse Auszeichnungen erhalten, u. a. das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. 2013 erschien sein Buch *Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, »Islamkritik« und Terror in der Einwanderungsgesellschaft* (3., überarb. Aufl. als E-Book 2014).